



VORARLBERGER MUNDART. Bregenzerwald

Deane heand
ou Buh und
Buggl voll
gfreaßo.

sich vollgefressen



QUELLE: VORARLBERGER MUNDARTWÖRTERBUCH, HUBERT ALLGÄUER

Kummastraße auf Vordermann gebracht

KOBLACH Nach der Neuburgstraße wurde in Koblach nun auch ein Teilstück der Kummastraße saniert. „Dabei ging es um die Erneuerung des Straßenunterbaus, den Einbau einer Straßenentwässerung und die Asphaltierung“, erklärt Bürgermeister Fritz Maierhofer. Daneben wurde auch die Straßenbeleuchtung ergänzt. Die Kosten liegen bei rund 50.000 Euro. „Weitere Abschnitte sind je nach Notwendigkeit für die nächsten Jahre vorgesehen“, so Maierhofer weiter. **MIMA**



Susanne Marosch mit dem Spendenscheck, dahinter Albuin Ellensohn mit Helfern. **CEG**

30.000 Euro für „Geben für Leben“

VIKTORSBERG Im Rahmen einer Typisierungaktion vergangenen Dezember in Viktorsberg wurde nicht nur nach einem Spender für Albuin Ellensohn gesucht, sondern auch fleißig Spenden gesammelt. Aus diesem Tag sowie zahlreichen weiteren Spenden ist die unglaubliche Summe von 30.000 Euro zusammengekommen. Bei einem Grillfest konnte nun symbolisch der Scheck an „Geben für Leben“-Obfrau Susanne Marosch übergeben werden. **CEG**

IHRE MEINUNG IST GEFRAGT!

Vorarlbergs meistgelesenes Diskussionsforum. leserbriefe@vn.at

LOTTO

Ziehung vom 8. 7. 2018

Österreich

Sechser: 8, 9, 18, 39, 41, 45/13
Joker: 518519

0 Sechser	770.801,85 €
Fünfer m. Zz.	105.985,25 €
Fünfer	1.284,60 €
Vierer m. Zz.	186,40 €
Vierer	49,00 €
Dreier m. Zz.	16,60 €
Dreier	5,30 €
Zusatzzahl	1,20 €
Joker	181.986,30 €

Schweiz

Sechser: 2, 3, 21, 22, 26, 28/4
Replay: 1
Joker: 751022

0 Sechser m. Plus	19.400.000,00 CHF
Sechser	0 CHF
Fünfer m. Zz.	12.949,35 CHF
Fünfer	12.949,35 CHF
Vierer m. Zz.	161,35 CHF
Vierer	81,55 CHF
Dreier m. Zz.	24,20 CHF
Dreier	9,25 CHF
Joker	1.160.000,00 CHF

Deutschland

Sechser: 2, 5, 13, 18, 25, 36
Superzahl: 2
Spiel 77: 5340029
Super 6: 924724

0 Sechser u. Superzahl	3.996.537,20 €
Sechser	528.863,40 €
Fünfer m. Sz.	9.916,10 €
Fünfer	3.131,40 €
Vierer m. Sz.	196,30 €
Vierer	38,90 €
Dreier m. Sz.	21,70 €
Dreier	9,80 €
Zweier m. Sz.	5,00 €

LOTTO PLUS

Ziehung vom 8. 7. 2018

5, 7, 13, 26, 34, 37

1 Sechser	233.342,80 €
Fünfer	1.012,10 €
Vierer	19,30 €
Dreier	2,00 €

TOI TOI TOI

Ziehung vom 9. 7. 2018

5 3 5 0 6 0

KLASSENLOTTERIE

Ziehung vom 9. 7. 2018

3. Klasse der 186. Klassenlotterie
Eine Million Euro gewinnt:
Los Nr. 239.212

ALLE ANGABEN OHNE GEWÄHR

QUIZ

Bei welcher Gemeinde fließt die Frutz in den Rhein?

- A Mäder
- B Meiningen
- C Koblach
- D Feldkirch

Antwort auf »C6

„Widerspruch zum Rechtsstaat“

Vorhaben, Projekte trotz offener Umweltverträglichkeitsprüfung zu genehmigen, empört.

WIEN Was sich die Bundesregierung beim Standortentwicklungsgesetz gedacht hat, ist vielen schleierhaft. Juristen bezeichnen es als verfassungswidrig, Umweltschutzorganisationen laufen Sturm. Am Freitag hat das Wirtschaftsressort den Entwurf in Begutachtung geschickt. Demnach sollen Projekte, die im besonderen Interesse der Republik sind, schneller genehmigt werden; auch dann, wenn deren Prüfung zur Umweltverträglichkeit (UVP) noch nicht abgeschlossen ist.

Laut Verfassungsjurist Peter Bußjäger ist diese Art der Genehmigung nicht nur verfassungswidrig. Sie stehe auch im Widerspruch zur UVP-Richtlinie der EU. „Ich würde so weit gehen und sagen, dass das Gesetz gar keine Anwendung finden kann. Die Behörden sind ja verpflichtet, dem EU-Recht zum Durchbruch zu verhelfen“, sagt der Verfassungsjurist. Relevante Vorhaben müssen demzufolge auf ihre Umweltauswirkungen geprüft werden, egal wie lange das Verfahren dauert. Wer das missachtet, dem droht ein Vertragsverletzungsverfahren und in letzter Konsequenz eine hohe Summe an Geldbußen. Für Bußjäger ist außerdem klar: „Dieses Gesetz stellt den Rechtsstaat in Frage.“

Der Vorarlberger Umweltlandesrat Johannes Rauch (Grüne) ist der gleichen Meinung: „Hier wird die

Republik umgebaut“, sagt er. Unabhängige Gerichte würden quasi ausgeschaltet: „Da sind wir von Ungarn und Polen nicht weit entfernt.“ Das Standortentwicklungsgesetz werde



„Gerichte werden quasi ausgeschaltet. Da sind wir von Ungarn und Polen nicht weit entfernt.“

Johannes Rauch
Umweltlandesrat

weder Verfahren beschleunigen, noch jemandem etwas Gutes tun. Es führe zu Verunsicherung und

noch längeren Rechtsstreitigkeiten, prophezeit Rauch. Ein Projektbetreiber werde niemals klaglos durch alle Instanzen kommen, wenn die Behörde sein Vorhaben automatisch genehmigen müsse, obwohl das UVP-Verfahren noch nicht abgeschlossen sei. Am Ende würde er vor den Höchstgerichten in Österreich und Europa landen, und das mit all ihren Verfahrensdauern.

Für schnellere Abläufe müssten die Behörden und Gerichte besser ausgestattet werden, ist Rauch überzeugt. Es brauche ebenso maximale Transparenz. „Wenn alle von Anfang an mit offenen Karten spielen, nicht versuchen die Umweltverträglichkeitsprüfung zu umgehen und die Dokumente herausrücken, kann man sich viel Kilometer sparen. Was intransparent ist, führt zu Verzögerungen.“ Das jahrelang anhängige Verfahren



Ministerin Schramböck schickte das Gesetz in Begutachtung. **APA**

zum Feldkircher Stadttunnel liefere den Beweis: „Es ist nicht die Schuld von Bürgerinitiativen, wenn die Unterlagen nicht vollständig sind, die Verkehrsgutachten nicht stimmen und die Berechnungen nicht passen.“ An diesen Missständen könne auch der von der Bundesregierung geplante juristische Brachialakt nichts ändern. Rauch glaubt ohnehin, dass das Gesetz zum Scheitern verurteilt ist: „Man kann es in dieser Form in die Tonne treten.“ Außer jemand beabsichtige tatsächlich, umweltschädliche Projekte zu ermöglichen und am Ende den Rechtsstaat auszuhebeln. **VN-EBI**

STICHWORT STANDORTENTWICKLUNGSGESETZ

Mit dem Standortentwicklungsgesetz sollen Projekte, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) läuft, beschleunigt werden. Voraussetzung ist, dass die Vorhaben von öffentlichem Interesse sind. Darüber entscheidet die Bundesregierung auf Vorschlag von Landeshauptleuten oder Ministern. Ist ein Projekt von öffentlichem Interesse, wird dies öffentlich kundgemacht. Dann beginnt die Frist zu laufen. Die UVP-Behörde hat ein Jahr Zeit, eine Entschei-

dung zu treffen. Tut sie das nicht, wird das Vorhaben automatisch genehmigt. Beschwerden in nächster Instanz sind nur noch bei wesentlichen Rechtsfragen - etwa groben Verfahrensfehlern - zulässig, mündliche Verhandlungen sind nicht mehr vorgesehen. Auflagen gibt es nur noch nach einem differenzierten Bewertungsmaßstab, sollte die einjährige Frist überschritten worden sein. Der Gesetzesentwurf ist nun bis Mitte August in Begutachtung.

Schulhausbau, die Erste

Volksschule Obdorf erhält über den Sommer zusätzliche Räumlichkeiten.

BLUDENZ Nach langen Vorbereitungen und einigen Verschiebungen konnte gestern der Zubau bei der Volksschule im Bludener Stadtteil Obdorf angegangen werden. Über den Sommer soll die Metamorphose der bestehenden Schulwartung in zwei Räume für die Schülerbetreuung erfolgen. Rund 450.000 Euro lässt sich die Stadt die dringend erforderliche Schulerweiterung kosten. 30 Prozent davon werden vom Land getragen.

Laut Stadträtin Karin Fritz werden die baulichen Maßnahmen mehrere Verbesserungen zur Folge haben. „Die Schülerbetreuung wird deutlich attraktiver“, freut sie sich. So werden künftig zwei großzügige Räume samt Außenterrasse und Grünbereich für die Schülerbetreuung zur Verfügung stehen. Zudem können wie bisher die Bibliothek und der Gangbereich für die Schülerbetreuung genutzt werden. Als vorbereitende Maßnahmen waren im Erdgeschoß bereits im Vorjahr neue WC-Anlagen errichtet und für den Schulwart ein Raum eingerichtet worden. Des Weiteren erhält



Die Arbeiten am Zubau bei der Volksschule Obdorf wurden gestern in Angriff genommen. **VN/JS**

die Schule dank des Zubaus einen zusätzlichen Klassenraum, nämlich jenen, der bisher zum Mittagessen in der Schülerbetreuung genutzt wurde. Durch die Schulerweiterung ergibt sich darüber hinaus eine Barrierefreiheit im Erdgeschoß. „Ein Klassenraum sowie Werkraum, Turnsaal, Bibliothek und Schülerbetreuung befinden sich in einem Geschoß“, zählt Fritz auf.

Aufstockung geplant

Der jetzige Zubau soll jedoch nur ein erster Schritt im Ausbau des Schulhauses sein. In sechs bis acht

Jahren soll auch eine Erweiterung des Klassentrakts erfolgen. „Der aus den 1960er-Jahren stammende Schulbau ist laut Architektenausagen ein architektonisch sehr ansprechendes Gebäude, das gut auf moderne Lehr- und Lernformen adaptierbar ist“, sagt Fritz. Basierend auf dem Infrastrukturkonzept ist derzeit vorgesehen, den bestehenden nord-östlichen Schulflügel aufzustocken. Dabei sollen vier neue Klassenräume entstehen und das Kontingent von derzeit acht auf künftig zwölf Klassen erhöht werden. **VN-JS**

Mehr Geld für die Integration in Vorarlberg

BREGENZ In Vorarlberg verantwortet die Projektstelle Okay-Zusammenleben zahlreiche Projekte zum Thema Zuwanderung und Integration. Die Einrichtung wurde im Jahr 2001 gegründet, koordiniert die Integrationsarbeit des Landes und unterstützt die Gemeinden. Gerade bei der Umsetzung des Integrationsleitbildes nehme die Projektstelle eine wichtige Rolle ein, betont Integrationslandesrat Christian Gantner (ÖVP) in einer Aussendung. Deshalb habe das Land nun beschlossen, weitere 530.000 Euro als Basisförderung zu bezahlen, führt der Landesrat aus. Gantner ist überzeugt: „Die Projektstelle hat als Dreh- und Angelpunkt maßgeblichen Anteil an den Fortschritten in weiten Bereichen der Integration.“

Geld für mehrere Projekte

Das Geld fließt in verschiedene Projekte. Eines davon unterstützt Freiwillige bei Deutschkursen von Flüchtlingen, ein anderes bietet niederschwellige Deutsch- und Orientierungskurse für Frauen in Städten und Gemeinden. Das Projekt „Begegnung - ein Elixier für eine vielfältige Gesellschaft“ wird ebenfalls gefördert, damit soll soziale Integration unterstützt werden.